

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

Zu beachten ist, dass dieses Merkblatt zur Unterstützung bei der Anfertigung und Ausgestaltung der Informationspflichten der Art. 13 DS-GVO dienen soll. Es stellt keine rechtsverbindliche Handlungsanweisung dar und beinhaltet nicht den Anspruch einer umfassenden Klärung aller Rechtsfragen zu den Informationspflichten nach Art. 13 DS-GVO.

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher:

Gemeinde Amt Wachsenburg
Bürgermeister
Erfurter Straße 42
99334 Amt Wachsenburg

Innerorganisatorisch verantwortlich:

Bauamt
Sachgebiet Flächen- und Gebäudemanagement
Erfurter Straße 42
99334 Amt Wachsenburg

Kontakt:

Telefon: 03628 / 911 233
Fax: 03628 / 911 211
E-Mail: info@amt-wachsenburg.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Gemeinde Amt Wachsenburg
Datenschutzbeauftragter
Erfurter Straße 42
99334 Amt Wachsenburg

Kontakt:

Telefon: 03628 / 911 204
Fax: 03628 / 911 211
E-Mail: info@amt-wachsenburg.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Der Verantwortliche führt die Verarbeitung im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO durch. Es werden nur die für den entsprechenden Zweck relevanten und erforderlichen Daten verarbeitet.

Der Verantwortliche nimmt die formelle Eigentümerfunktion für den gesamten gemeindlichen Grundbesitz wahr und ist für die Verwaltung und Bewirtschaftung des kommunalen Grundvermögens zuständig. Im Rahmen dieser Aufgabe werden die personenbezogenen Informationen aus den bereitgestellten ALKIS-Daten (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) zu den Eigentümern von Flurstücken genutzt. Zusätzlich werden bei Eintragungen von Belastungen im Grundbuch, für Grundvermögen, das sich im Eigentum der Gemeinde befindet, allgemeine Personendaten zu den begünstigten Personen erhoben.

Des Weiteren erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten, bei denen eine Beantragung oder Bescheidung nach VermG, VZOG oder dem Entschädigungsgesetz vorliegt und die Gemeinde beteiligt ist. Bei der öffentlichen Ausschreibung von Grundstücken zum Verkauf, zur Vergabe von Erbbaurechten sowie zur

Vermietung und Verpachtung erfolgt die Verarbeitung mit dem Ziel der Prüfung und Wertung der Gebote, zur Dokumentation des Zuschlagverfahrens sowie zur Kommunikation mit den Bewerbern (Versenden von Exposés, Terminvereinbarungen, ect.).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt des Weiteren im Zusammenhang mit Vertragsanbahnungen/ -verhandlungen/ -durchführungen/ -abwicklungen und -abschlüssen

- bei der Abwicklung aller Rechtsgeschäfte des Grundstückverkehrs, wie Ankauf, Verkauf oder Tausch von Grundstücken sowie Abschluss von Erbbaurechtsverträgen,
- bei der Vermietung und Verpachtung von Flächen, Gebäuden und Gebäudeteilen sowie der Betriebskostenabrechnung für vermietete Objekte,
- bei der Erteilung von nachbarrechtlichen Zustimmungen,
- bei dem Abschluss von Gestattungsverträgen,
- zur Bestellung von Dienstbarkeiten,
- bei der Erteilung von Löschungsbewilligungen, Rangänderungen und Pfandfreigaben für Belastungen im Grundbuch,
- beim Abschluss von Gestattungen zur Sicherung von Leitungsrechten auf Grundstücken,
- beim Abschluss von Nutzungsverträgen für gemeindliche Flächen für die Dauer von Baustelleneinrichtungen, Grabungen oder Veranstaltungen.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO

"Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgt."

- oder Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO

"Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt."

Die fachrechtlichen Verarbeitungserfordernisse erwachsen u.a. aus folgenden Rechtsgrundlagen: ThürKO §1-3, § 66, § 67, Vergabeordnung der Gemeinde Amt Wachsenburg vom 29.11.2019, BGB, Art. 233 EGBGB, SachenRBerG, VerkFlBerG, ErbbauVO, BauGB, VermG, VZOG, Entschädigungsgesetz

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- | | |
|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> innerhalb des Verantwortlichen: | Bürgermeister, Beigeordnete, Ämter und Eigenbetriebe, Gemeinderat, Ausschüsse und Ortsteilräte |
| <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsverarbeiter: | Softwareanbieter im Rahmen eines gültigen Softwarepflege-/ Auftragsverarbeitungsvertrags |
| <input checked="" type="checkbox"/> Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): | Notare, Gerichte, Anwälte (bei Rechtstreitigkeiten), Aufsichtsbehörden (bei Prüfung auf Rechtsmängeln) |

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

ja nein

Die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

- Angemessenheitsbeschluss (Art. 45 DS-GVO): _____
- geeignete Garantien (Art. 46 DS-GVO): _____

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von:

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung notwendig ist.

So ergeben sich z.B. folgende Aufbewahrungsfristen:

- Allgemeines Grundvermögen (30 Jahre)
- Urkunden über Grundstücke und Lagepläne (30 Jahre)
- Unterlagen über Grundstücksrechte, Verbindlichkeiten (30 Jahre)
- Grundbücher (30 Jahre)
- Miet- und Pachtverträge (30 Jahre)
- Erbbaurechtsverträge (10 Jahre mit Erlöschen der Erlaubnis)
- Grundstücksakten (10/30 Jahre)
- Gestattungsverträge (10 Jahre nach Ablauf)
- Grundstückskaufverträge (30 Jahre)
- vertragliche Ansprüche (30 Jahre)
- Ausübung Vorkaufsrecht (10 Jahre)
- Miet- und Pachtzinsakten (4 Jahre)
- Grundstücksverkehr (5 Jahre)

Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die (jeweilige Aufgabenerfüllung beschreiben) erforderlich ist.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

**9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach
Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO**
(Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde
(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten
(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Es ist kein Vertragsabschluss möglich.

**12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich
Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO**
(Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

1. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde:

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern):

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck
(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ja nein

Der andere Zweck ist: _____

Nur Ausfüllen, wenn bei Nummer 13 „Ja“ ausgewählt wurde. Sofern Ihre personenbezogenen zu anderen Zwecken weiterverarbeitet werden, erhalten Sie folgende Informationen (Art. 13 Abs. 2 DS-GVO):

Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- Die Speicherung Ihrer zu anderen Zwecken weiterverarbeiteten personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: _____
- Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die (jeweilige Aufgabenerfüllung beschreiben) erforderlich ist.

Rechte der Betroffenen im Rahmen der Weiterverarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln. (Art. 20 DS-GVO).

Recht auf Widerruf der Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder

Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

- Die *Weiterverarbeitung* Ihrer personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der *Weiterverarbeitung* Ihrer personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten
(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der *Weiterverarbeitung zu anderen Zwecken* ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: _____

Automatisiert Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß
Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

1. Die *Weiterverarbeitung* Ihrer personenbezogenen Daten *zu anderen Zwecken* erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

2. Wenn unter 1. „ja“ angekreuzt wurde:

Folgende Logik liegt der automatisierten Einzelentscheidung zugrunde:

Die Verarbeitung hat folgende Auswirkung auf die betroffene Person (Tragweite schildern):
